

## **Resolution der HörerInnenversammlung der Universität Wien am 14.1.2004**

Von den herrschenden neoliberalen Kräften wird die Anpassung der Universitäten an den „freien Markt“ eingefordert. In Folge dessen wurde in den letzten Jahren das Bildungssystem immer mehr finanziell sowie inhaltlich ausgehöhlt und mit sozialen Zugangshürden versehen. Kritische Lehrinhalte werden beschnitten und nicht mehr angeboten, Studiengebühren wurden eingeführt, die studentische Mitbestimmung wird abgeschafft. Das Rektorat der Universität Wien ist offensichtlich ein williger Vollstrecker dieser Verwirtschaftlichung ohne wenn und aber. Die Universität Wien ist jedoch kein Einzelbeispiel, sondern spiegelt internationale Liberalisierungstendenzen wieder. Ein Ausdruck dessen ist auch der von der EU initiierte Bologna-Prozess. Dieser zielt auf eine Umstrukturierung aller Universitäten im EU-Raum ab und steht exemplarisch für die radikale Ökonomisierung und die bedingungslose Verwertbarmachung von Bildung.

Diese Machenschaften sind für uns nicht tragbar. Daher fordern wir:

- die Absage an den neoliberalen Umbau
- den Stopp des Bologna-Prozesses in seiner derzeitigen Form
- die Verhinderung des Ausverkaufs der Universitäten
- Universitäten, die keine konformen Zukunftseliten produzieren
- Studierende als NachwuchswissenschaftlerInnen zu fördern
- mehr und konsequente Frauenförderung
- den Abbau jeglicher Zugangshürden
- gleiche Rechte für alle, unabhängig von StaatsbürgerInnenenschaft
- die Einführung eines Studierendengehaltes
- den Ausbau der studentischen Mitbestimmung auf allen Ebenen
- Zugang für alle – keine Eliteuniversitäten

Der autoritär erstellte Organisationsplan des Rektorats der Uni Wien ist ein Angriff auf Studium, Wissenschaft und Forschung. Dies ist ein Paradebeispiel der im Universitätsgesetz 2002 verankerten, und oben angeführten Absichten, gegen die wir uns vehement wehren müssen. Zusätzlich gilt es alle autoritären Strukturen an den Universitäten zu entlarven und abzuschaffen. Die Forderung, dass Universität ein Ort der Auseinandersetzung mit und über Gesellschaft sein muss, hat nichts an Aktualität verloren. Die Universität kann und muss mehr sein als eine Ausbildungsstätte - dafür stehen wir ein, und deshalb fordern wir:

- mehr Geld für Bildung aus der öffentlichen Hand
- die Zurücknahme, sowie die Rückzahlung der bis jetzt gestohlenen Studiengebühren
- die Streichung des Universitätsgesetzes 2002
- eine basisdemokratisch organisierte, den Instituten Autonomie gewährende Universität
- eine antiautoritäre Universität
- die Lehrauftragsvergabe und Studienplanerstellung durch alle Angehörigen der Universität
- mehr gesellschafts- und obrigkeitskritische Lehrinhalte

Solidarität mit den weltweiten Studierendenprotesten gegen den Abbau der Bildung und gegen die Privatisierung der Universitäten.

Für eine Universität, die ihre gesellschaftspolitische Verantwortung wahrnimmt, und dazu kritisch Stellung nimmt.

**BILDUNG IST MEHR ALS AUSBILDUNG!!!**